



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 21.05.2015, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

#### ÖFFENTLICH

TOP 1

Umsetzung Brandschutzmaßnahmen -  
Oststadtschule I, Berliner Platz 2  
- Vergabe Feuerschutzabschlusstüren

Vorl.Nr. 158/15

---

#### Beschluss:

Folgender Vergabe von Feuerschutzabschlusstüren für die Oststadtschule I, Berliner Platz 2, wird zugestimmt.

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + 10 %)
1.	Feuerschutzabschlusstüren	Siegfried Wölz GmbH & Co.KG Industriestraße 6 89423 Gundelfingen	216.000 EUR

Das Gremium wird informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

#### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat T. Lutz  
Stadtrat Gericke  
Stadträtin Dr. Knoß  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Seybold  
Stadträtin Burkhardt

#### Beratungsverlauf:

BM IIk verweist auf die dem Gremium vorliegende Vorl. Nr. 158/15.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

Abschließend stellt BM IIk die Vorl.Nr. 158/15 im Gremium zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die Asperger Straße wird entsprechend der Planung des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen sowie des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung umgestaltet.

**Die Gesamtkosten in Höhe von 476.000,00 € werden genehmigt.**

**Vergabebeschluss**

Die Firma Wilhelm Hubele GmbH, Marbacher Straße 193 – 197, 71642 Ludwigsburg erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 24.04.2015 den Auftrag zur Durchführung der Arbeiten für die Neugestaltung der Asperger Straße zwischen dem Abschnitt Hospitalstraße und Gartenstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	414.321.01 €
+ Unvorhergesehenes ca. 6,20 %	<u>25.678,99 €</u>
<b>Vergabesumme</b>	<b><u>440.000,00 €</u></b>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

**Beratungsverlauf:**

Eingangs informiert Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) über das Vorverfahren, die geänderte Entwurfsplanung und den Rücklauf der schriftlichen Anhörung der Bürgerschaft. Die dort angeführten Belange habe man weitestgehend berücksichtigen können.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) zeigt die Rahmenbedingungen der Ausschreibung und der Vergabe anhand der Vorl.Nr. 151/15 auf.

In der nachfolgenden Aussprache äußert Stadtrat **Link** seine Bedenken hinsichtlich der verkehrlichen Auswirkungen verschiedener Baustellen in der Innenstadt. Er regt an, mit der Ausführung frühzeitig zu beginnen und eine Kollision mit dem Weihnachtsmarkt unbedingt zu verhindern.

Stadtrat **Gericke** begrüßt die Kombination der Maßnahme in Zusammenhang mit den

Leitungsarbeiten der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim (SWLB) und die zusätzlich vorgesehenen Bäume. Die Veränderung zum ursprünglichen Entwurf und den Wegfall des gestalterisch wichtigen Baumes an der Einfahrt zum Parkhaus könne seine Fraktion nicht mittragen. Aufgrund der Nichtberücksichtigung von weiteren Anregungen seiner Fraktion lägen insgesamt Gründe vor, die diese zur Ablehnung der Vorlage bewegte.

Stadträtin **Liepins** kündigt die Zustimmung ihrer Fraktion zur Sanierungsmaßnahme an, obwohl diese vom Zustand ausgehend nicht dringlich, aufgrund der Maßnahmen der SWLB jedoch sinnvoll sei. In Bezug auf die Diskussion zum Gehweg vor dem Haus Nr. 22 halte sie 1,71 m für eine ausreichende Breite in gängigen Begegnungsfällen.

Auf die enge Situation im unteren Bereich der Asperger Straße weist Stadtrat **Remmele** hin. Seiner Auffassung nach müsse die erforderliche Verbreiterung der Parknischen weiterhin im Auge behalten werden.

Stadträtin **Burkhardt** beurteilt die eingegangenen Kompromisse mit den Anwohnern als tragbar und zeigt sich über die gewählte Baumart erfreut.

In Beantwortung der geäußerten Rückfragen sagt Herr **Kohler** eine geplante Fertigstellung der Straßenbauarbeiten bis Ende November 2015 zu. Die Dimensionierung des Gehweges vor der Treppe in der Asperger Straße 22 sehe er als ausreichend an. Im Hinblick auf die von Stadtrat Remmele geschilderte Situation könne er derzeit keine schnelle Abhilfe anbieten, da die mit 1,80 m zu geringe Breite der Parkstreifen nur mit hohem Aufwand angepasst werden könne.

TOP 3

Erneuerung des Verkehrsrechnersystems in  
Ludwigsburg  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 183/15

---

### **Beschlussempfehlung:**

Der vorhandene Verkehrsrechner der Stadt Ludwigsburg ist veraltet und entspricht nicht mehr dem Stand der Technik. Dies verursacht hohe jährliche Wartungskosten und Probleme hinsichtlich der Versorgung mit Ersatzteilen.

Der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen wird beauftragt, die Erneuerung des Verkehrsrechnersystems der Stadt Ludwigsburg für die heutigen und sich perspektivisch abzeichnenden technologischen Bedürfnisse zu planen, auszuschreiben und durchzuführen.

**Die Gesamtkosten inklusive den notwendigen Umbauten an den Steuergeräten der Lichtsignalanlagen betragen nach einer Kostenschätzung des Ingenieurbüros Thomas und Partner rund 920.000 € (brutto).**

Die Ingenieurleistungen (Ausführungsplanung, Ausschreibung, Mitwirkung bei der Vergabe) werden an das Ingenieurbüro Thomas und Partner aus Möglingen vergeben, welches bereits die Vorplanung ausgeführt hat. **Die Planungskosten nach HOAI in Höhe von 65.000 € werden genehmigt.**

Der Gemeinderat ermächtigt den Ausschuss für Bauen, Umwelt und Technik, nach Vorliegen und Wertung der Angebote, den Vergabebeschluss zu fassen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

---

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 21.05.2015

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt mit Hilfe einer Präsentation die Erneuerung des Verkehrsrechners vor. Insbesondere beschreibt er die Aufgaben des Verkehrsrechnersystems, die zusätzlichen Möglichkeiten eines modernen Verkehrsrechnersystems, Ausschreibung und Finanzierung sowie das weitere Vorgehen.

Stadtrat **Noz** nimmt Bezug auf die Besichtigung und die sich daraus ergebenden Verbesserungspotenziale. Er sehe positive Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und eine Entlastung der Straße. Nachfolgend kündigt er die Zustimmung seiner Fraktion an.

Ein besseres Management für die vorhandenen Straßen und eine Reduzierung von Lärm, Staub und Abgasen erhofft sich Stadträtin **Dr. Knoß**. Erleichterungen für alle Verkehrsteilnehmer, die ÖPNV-Beschleunigung und Verbesserungen des Parksuchverkehrs seien ihr in diesem Zusammenhang wichtige Anliegen. Darüber hinaus erkundigt sie sich nach neuen Möglichkeiten der Verkehrsmessung und -beeinflussung.

Stadtrat **Juraneck** freut sich ebenfalls über die zusätzlichen Möglichkeiten und die verbesserte Informationsverarbeitung, allerdings könne man die eigentlichen Verkehrsprobleme damit wohl nicht lösen. Zudem interessiert er sich für die genaue Angabe der acht erfassbaren Fahrzeugarten und die Standpunkte der Erfassungseinrichtungen zur Messung der Verkehrsströme.

Stadtrat **Dengel** kündigt die Zustimmung seiner Fraktion an.

Stadträtin **Burkhardt** spricht von einer überfälligen Erneuerung. Zur Lösung der Ludwigsburger Verkehrsprobleme müsse man weitreichendere Maßnahmen ergreifen.

Herr **Kohler** warnt vor zu hohen Erwartungen, da sich die Verkehrsdichte in den Hauptverkehrszeiten dadurch nicht verändere. Nichtsdestotrotz würden die Wartungskosten reduziert und die Wartezeiten an den Knotenpunkten weiter optimiert.

Herr **Hubberten** (FB Tiefbau und Grünflächen) ergänzt, dass die Erfassung der Verkehrsmengen durch die neu installierten Detektoren an den Haupteinfahrtsstraßen erfolge, diese lieferten insbesondere Angaben zu den Schwerverkehrsanteilen. Zusätzlich seien Detektorschleifen an Knotenpunkten im Stadtgebiet zur Steuerung der Signalanlagen installiert.

Nach Beantwortung aller Rückfragen stellt BM **Iik** die Vorl.Nr. 183/15 zur Abstimmung.

TOP 4

Grundschulcampus und Mensa, Sanierung und  
Neubau der Außenanlagen  
- Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 172/15

---

### **Beschluss:**

Der Auftrag zur Durchführung der landschaftsgärtnerischen Arbeiten zur Schulhofteilsanierung der Anton-Bruckner-/Pestalozzischule und des Neubaus der Außenanlagen zur Ganztageseinrichtung Mensa und Multifunktionsraum, Gartenstraße 14, wird auf der Grundlage des Angebots vom

31.03.2015 an die Firma Ernst Sievers, Garten- und Landschaftsbau, Planckstraße 14, 71691 Freiberg a.N., vergeben.

**Die Vergabesumme einschließlich 19 % Mehrwertsteuer beträgt:**

Angebotssumme (brutto)	249.320,74 €
<u>einschließlich Unvorhergesehenem/Rundung (ca. 12 %)</u>	<u>30.679,26 €</u>

**Vergabesumme brutto** **280.000,00 €**

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist BM **Ilk** auf die Vorl.Nr. 172/15.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

Abschließend stellt BM **Ilk** die Vorl.Nr. 172/15 zur Abstimmung.

TOP 5	Sanierung Haldenstraße - Entwurfsbeschluss	Vorl.Nr. 184/15
-------	--	-----------------

---

**Beschluss:**

Dem Entwurf zur Sanierung der Haldenstraße wird zugestimmt.  
Der Entwurf ist Grundlage für die Ausschreibung der Bauleistungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Auf Nachfrage von Stadtrat **Gericke** berichten Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) und Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) kurz über die Maßnahme sowie die Absenkung der Bordsteine in den Kreuzungs- und Einmündungsbereichen.



Herr **Steinert** (Wirtschaftsförderung) schildert die Situation des Gewerbeflächenbestandes und die Sichtweise der Wirtschaftsförderung. Aktuell verfüge die Stadtverwaltung über eine überschaubare Anzahl verfügbarer Gewerbeflächen, welche ein kritisches Maß und damit eine hohe Abhängigkeit vom privaten Sektor erreicht hätte. Dies bedinge geringe Steuer- und Einflussmöglichkeiten zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Ludwigsburg durch die Stadtverwaltung. Aufgrund dieser absehbaren Entwicklung habe man sich im Jahr 2013 zur Teilnahme am Wettbewerb „Flächengewinn durch Innenentwicklung“ entschieden. Innerhalb von Workshops mit örtlichen Unternehmen seien Strategien zur Flächengewinnung durch aktive Innenentwicklung für die Weststadt, die zukunftsfähige Aufstellung der untergliederten Bereiche und Einzelmaßnahmen abgeleitet worden. Dabei wurde deutlich, dass Steuerungsmöglichkeiten größtenteils nur durch das Vorhandensein aktivierbarer Flächen, wie dem BayWa-Areal als einem der letzten prägenden Grundstücke, vorhanden seien. An dieser Stelle müsse daher die Verträglichkeit mit dem Wohnen, beispielsweise durch betriebsbedingtes Wohnen, sichergestellt und keine Einschränkungen der gewerblichen Nutzungen zugelassen werden. Die Wirtschaftsförderung betrachte die Ausweisung eines reinen Wohnens daher als sehr kritisch, da sie an den Rändern eine Erweiterung dieser Situation nach Außen befürchte. Die daraus folgenden Einschränkungen führten im Zeitverlauf sukzessive zu einer maßgeblichen Beeinträchtigung der langjährig ansässigen Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund erörtert Herr **Kurt** anhand einer schematischen Darstellung der Nutzungsverteilung detailliert die Alternativen des vorgeschlagenen Grundsatzbeschlusses der Vorl.Nr. 175/15 und die Vorstellung einer Trennlinie zwischen Wohnen und Gewerbe sowie die Ausgestaltung der Wohnnutzung und Haupterschließung des Gewerbeverkehrs. Dazu lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Voruntersuchung zur Verlängerung der Kammererstraße aus dem Jahr 2011 und veranschaulicht deren Grundzüge. Abschließend zeigt Herr Kurt die Veränderungen des Überarbeitungsvorschlags der Firma Strenger nach dem Gestaltungsbeirat am 11.03.2015 auf und empfiehlt dem Gremium ein Plangutachten in wettbewerblicher Form.

In der nachfolgenden Aussprache stellt Stadtrat **Noz** seinen Äußerungen den Vorschlag voran, heute keinen Empfehlungsbeschluss zu fassen. Sein Wunsch sei es, für das Areal eine Verbesserung zu erzielen und die Gefahr einer Weiternutzung im aktuellen Zustand abzuwenden. Inhaltlich habe er sich eine gütliche Lösung mit dem Grundstücksbesitzer vorgestellt, wobei der letzte Planungsvorschlag nicht weit von den Vorstellungen entfernt wäre. Ein Hochhaus als markanten Punkt könne sich Stadtrat Noz als Ausgleichsfläche im südwestlichen Bereich durchaus vorstellen. Einen vernünftigen Übergang zwischen dem berechtigten Interesse an Gewerbeflächen und dem daraus an der Nahtstelle resultierenden Konfliktpotenzial mit dem Wohnbau zu realisieren, halte er für die entscheidende Herausforderung der Planung. Nach persönlichen Gesprächen mit der Firma Strenger, habe diese Bereitschaft signalisiert, die Bauvoranfrage zurück zu ziehen, wenn diese das einzige Hindernis darstelle. Zusammenfassend beabsichtige er keine Konfrontation durch eine Veränderungssperre, sondern eine konsequente Weiterverhandlung.

Stadtrat **Gericke** weist nachdrücklich darauf hin, dass der Investor ein Grundstück in einem Industrieviertel erworben habe und nicht automatisch erwarten könne, entsprechendes Baurecht für ein allgemeines Wohngebiet ausgewiesen zu bekommen. Grundsätzlicher Verbesserungsbedarf sei an dieser Stelle vorhanden und diesem werde mit einer besseren Gestaltung sowie betrieblichem Wohnen hin zur Schönbeinstraße explizit entsprochen. Nach seiner Auffassung müsse der bestehende Gewerbestandort gepflegt und den Betrieben keine zusätzlichen Hürden in den Weg gestellt werden. Er setze sich für den Wiedereinstieg der Ankaufsverhandlungen für die Gewerbeflächen und deren Entwicklung durch die Stadt ein, was sich aufgrund der Vorstellungen des Investors schwierig gestalten werde. Andernfalls sei für Stadtrat Gericke nur eine Entwicklung des Gesamtareals durch den Investor vorstellbar. Abschließend plädiert er für eine Beibehaltung der eingeschlagenen geradlinigen Haltung und drückt seine grundsätzliche Zustimmung zur Beschlussalternative 1a) aus.

Stadtrat **Juraneck** stellt auf das an dieser Stelle seit jeher bestehende Konfliktpotenzial ab und erinnert in diesem Zusammenhang an vergangene Diskussionen in den städtischen Gremien. Er bekräftigt die Vorstellungen seiner Fraktion, wonach entlang der Schönbeinstraße nicht nur betriebsbedingtes Wohnen sondern auch einen Streifen allgemeines Wohnen angeordnet werden solle. Für die Ankaufsverhandlungen sehe er erhebliche Probleme aufgrund der Preisvorstellungen. Die vorgelegten Planungen bewegten sich seiner Meinung nach in eine positive Richtung. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Mehrfachbeauftragung stelle sich die Frage, wer diese durchführe. Mit Sicherheit stelle dieses Verfahren einen guten Weg dar, sich verschiedene Lösungsalternativen für diese Konstellation aufzeigen zu lassen.

Stadtrat **Seybold** kritisiert die Verhandlungsführung der Verwaltung als unfair, was nach seinen Informationen bei der Firma Strenger zur Verärgerung und Irritationen geführt habe.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt ihren Antrag, Vorl.Nr. 115/15, mit der in den Sitzungen des Gestaltungsbeirats offenkundig gewordenen mangelnden Kompromissbereitschaft der Firma Strenger. Um dies zu untermauern, verliest sie Auszüge aus einem Brief der Firma, der wohl allen Mitgliedern des Gemeinderats zugegangen sei. Durch Formulierung einer Forderung nach einem bestimmten Anteil allgemeinen Wohnens werde die mangelnde Bereitschaft für ein Entgegenkommen für sie deutlich. Vor dem Hintergrund ihres Antrags spricht sich Stadträtin Burkhardt demgegenüber für eine eindeutige Regelung zur Erwerb des Gesamtareals aus, da der geringe Bestand an Gewerbeflächen für Neuansiedlungen erweitert werden müsse. Im Falle einer Abstimmung könne sie der Beschlussalternative 1a) zustimmen, befürworte allerdings aufgrund der umfangreichen Informationen einen notwendigen Austausch innerhalb der Fraktionen. Die Wohnbebauung an der Schönbeinstraße diene dem Einvernehmen mit der dort wohnenden Bevölkerung. Für sie dürfe es nicht sein, dass die unveränderten Vorstellungen der Firma Strenger durchgesetzt würden. Andernfalls führe dies zu Konflikten zwischen den Nutzungen.

Stadtrat **Remmele** lenkt die Aufmerksamkeit auf die gute Erreichbarkeit des Bahnhofs und den teilweise vorhandenen Naherholungswert an den Rändern dieses Grundstücks. Deshalb befürworte er eine kombinierte Wohnlösung; man dürfe sich nicht allein auf das Gewerbe beschränken.

BM **Ilk** nimmt den mehrheitlichen Wunsch des Gremiums auf, in der heutigen Sitzung keine Beschlüsse zu fassen. An einer notwendigen intensiven Vordiskussion im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt halte er jedoch fest. Dem Auftrag des Gremiums an die Verwaltung, nochmals das Gespräch mit der Firma Strenger hinsichtlich der Rücknahme ihrer Bauvoranfrage zu suchen, werde er ebenfalls nachgehen. Daran anschließend solle eine Entscheidung erfolgen, inwieweit eine Veränderungssperre weiterhin notwendig sei. Bis dahin stelle man die Beschlussfassung über die Vorl.Nr. 178/15 zurück.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Seybold** erläutert Herr **Kurt** die Beschlussalternativen. Er bekräftigt, dass Beschlussalternative 1b) des Grundsatzbeschlusses dem Wunsch der Firma Strenger entspreche. Die Mehrfachbeauftragung als Empfehlung des Gestaltungsbeirats, könne sich Firma Strenger nach entsprechenden Aussagen in dessen letzter Sitzung vorstellen

Herr **Steinert** differenziert seine Ausführungen hinsichtlich der Auswirkungen auf den befürchteten Nutzungskonflikt im Vergleich zu anderen Fällen.

In Bezug auf die in Anlage 1 zur Vorl.Nr. 175/15 dargestellte Nutzungsverteilung bittet Stadtrat **Noz** um eine Ergänzung der Informationen zur beabsichtigten Geschossflächenanzahl. Seiner Ansicht nach lasse sich eine lukrative Wohnbaunutzung auf der Fläche A2 nur schwer darstellen.

Für Herrn **Kurt** liege der Vorteil in einem Wettbewerb darin, für diese Fläche A1/A2 eine architektonisch ansprechende Lösung zu erhalten, zu der erst im zweiten Schritt die Frage der detaillierten Nutzungen beantwortet werde. Die Dichte ergebe sich aus dem passenden Entwurf. Mit den entsprechenden Nutzungsziffern beantworte man ausschließlich quantitative Fragen und

treffe keine Aussage zur Qualität. Wenn die Firma Strenger an ihrer Zustimmung zu einer Mehrfachbeauftragung im Gutachterverfahren festhalte, komme das Gesamtverfahren einen wichtigen Schritt voran. Ob die Zusage noch zutreffend sei, werde er verifizieren.

BM **Iik** weist ausdrücklich auf die verbleibende Beratungsfolge für eine gegebenenfalls erforderliche Satzung über eine Veränderungssperre mit dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 18.06.2015 und dem Gemeinderat 24.06.2015 hin, welche unbedingt für eine Entscheidung eingehalten werden müsse. Zusammenfassend stellt er fest, dass zur Vorl.Nr. 175/15 keine Beschlussfassung erfolgen solle, um eine Abstimmung innerhalb der Fraktionen zu ermöglichen.

TOP 7.2	Satzung über eine Veränderungssperre im Bereich "Schönbeinstraße Süd" (Vorberatung)	Vorl.Nr. 178/15
---------	---	-----------------

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

Eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag erfolgt nicht.

#### **Beratungsverlauf:**

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 7.1.

TOP 7.3	- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 16.03.2015	Vorl.Nr. 115/15
---------	---	-----------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Auf eine Abstimmung über den Antrag Vorl.Nr. 115/15 wird zunächst verzichtet. Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 7.1.

TOP 8	Stellplätze für Carsharing	Vorl.Nr. 185/15
-------	----------------------------	-----------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Eingangs verdeutlicht Stadtrat **Gericke** die beabsichtigte Ausrichtung und Zielstellung der Anträge seiner Fraktion mit den Vorl.Nrn. 539/12 und 483/14.

Herr **Handtrack** (RefNSE) berichtet über die rechtlichen Rahmenbedingungen, aktuelle Entwicklungen und die Situation in Ludwigsburg im Bereich des Carsharings.

Zum weiteren Vorgehen stimmt das Gremium dem Vorschlag zu, die Beschlussfassung über das in Arbeit befindliche Carsharing-Gesetz abzuwarten, um auf dieser Grundlage weitere Entscheidungen treffen zu können.

Stadtrat **Noz** könne sich das Angebot „Car2go“ in sinnvoller Verknüpfung mit dem Pendent in Stuttgart vorstellen. Das Wichtigste sei für ihn ein vernünftiges Kartensystem mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten und -verknüpfungen.

Stadtrat **Gericke** gibt zu verstehen, dass möglichst zügig mit den Organisationen überlegt werden solle, wo richtigen die Standorte lägen. Im Anschluss daran müsse man diese bei Bedarf für die Breite der Bevölkerung als sinnvolle Ergänzung für eine nachhaltige Mobilität weiter entwickeln. Seiner Meinung nach könne die Schaffung einer endgültigen bundesgesetzlichen Regelung nicht abgewartet werden. Der Kontakt mit den Organisationen solle bereits jetzt hergestellt und wo möglich vorab auf städtischen Grundstücken Lösungen vorbereitet werden. In einem solchen Fall sei man nach Verabschiedung des Carsharing-Gesetzes für einen effektiveren Beginn gerüstet.

Stadträtin **Liepins** teilt die Auffassung von Stadtrat Gericke. Ihre Fraktion unterstütze die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen.

Stadtrat **Remmele** äußert seinen Zuspruch.

Aufgrund der Zusage der Verwaltung, im Sinne des Antrags mit den Organisationen ins Gespräch zu kommen, Lösungen auszuarbeiten und entsprechend zu berichten, sieht Stadtrat **Gericke** die Anträge seiner Fraktion, Vorl.Nrn. 539/12 und 483/14, als erledigt an.

TOP 8.1	Stellplätze für Carsharing - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012	Vorl.Nr. 539/12
---------	---	-----------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist erledigt. Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 8.

TOP 8.2	Ausbau des CarSharing - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2014	Vorl.Nr. 483/14
---------	--	-----------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag ist erledigt. Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 8.

TOP 9	Verkehrsverbesserungsvertrag Neckarterrasse: Anpassung der Laufzeit	Vorl.Nr. 180/15
-------	--	-----------------

---

#### **Beschluss:**

1. Das ÖPNV-Angebot des Neubaugebiets Neckarterrasse wird künftig mit Variante b) „ergänzt Grundangebot“ verbessert. Hierfür werden 30.000 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Die Maßnahme wird Mitte 2015, zunächst befristet bis Ende des Jahres 2016, umgesetzt.
2. Das Dezernat III / ÖPNV wird ermächtigt, einen entsprechenden

- Verkehrsverbesserungsvertrag zu unterzeichnen.
3. Der Beschluss aus Nr. 1 entspricht inhaltlich dem abweichenden Beschluss von Vorl. 402/13, Nr. 3, lediglich mit einem neu angepassten Zeitraum.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Scheuermann** (Dezernat III/ÖPNV) unterrichtet das Gremium über den Inhalt der Vorl.Nr. 180/15.

In der nachfolgenden Aussprache trägt Stadtrat **Braumann** Anmerkungen zu den bestehenden ÖPNV-Problemen in Neckarweihingen vor. Auch bei der Verkehrsanbindung der Neckarterrasse habe die Stadt den potenziellen Bewohnern seinerzeit andere Versprechungen gemacht. Mit der aktuell vorgeschlagenen Verbesserung dürften diese demzufolge nicht zufrieden sein. Seiner Meinung nach hätte der Samstag berücksichtigt sowie die Zielgruppen und deren Zeitfenster besser bedient werden können. Insgesamt könne er diese befristete Lösung nur bis zur Aufsiedlung des Wohngebietes hinnehmen.

Stadtrat **Gericke** sehe die Errichtung der Bushaltestellen ohne ausreichende Anbindung als Merkposten an, bei zukünftigen Projekten die Bedienung gemeinsam mit der Infrastruktur zu durchdenken. Aus Sicht seiner Fraktion seien die vorgeschlagenen Anpassungen nicht ausreichend. Vier zusätzliche Fahrtenpaare mit einer derartigen Verspätung bewerte diese als nicht zufriedenstellend. Zuletzt verweist er auf die in der Vorl.Nr. 402/13 angesprochenen Gespräche zur Verbesserung und Ausweitung der Linie 443 und bittet, mit weiteren Verbesserungen nicht bis zur vollständigen Aufsiedlung zu warten.

Diese Aussage findet bei Stadträtin **Liepins** Unterstützung, welche die Verspätung als nicht tragbar bezeichnet. Auf den Antrag ihrer Fraktion aus dem Jahr 2013 hin, zeigte man sich mit der kurzfristigen Lösung und der Ankündigung eines besseren Konzeptes für 2015 einverstanden. Nun reichten die Taktzeiten immer noch nicht aus, weshalb sie vorschlägt, die möglichen Linienveränderungen in einem Gespräch mit Herrn Bäuerte zu eruieren. Die SPD-Fraktion könne dem Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 180/15 zustimmen, möchte jedoch das weitere Vorgehen geklärt wissen.

Stadträtin **Burkhardt** nimmt Bezug auf zahlreiche Aussagen der Vorl.Nr. 402/13 und lenkt die Aufmerksamkeit auf die beabsichtigte Vollintegration der Linie 421. Auch sie hätte sich zusätzliche Vorschläge erwartet.

BM **Ilk** schlägt eine Abstimmung über die Vorlage vor und im Nachgang die Aufbereitung möglicher Verbesserungen mit Herrn Bäuerte.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Herrmann** präzisieren Herr **Scheuermann** und mit Zustimmung des Gremiums Herr **Bäuerte** (LVL) die Auswirkung des Nahverkehrsangebotes in seiner jetzigen und in erweiterter Form sowie die Nachwirkung von Verbesserung für die Ausschreibung des Nahverkehrs 2019.

BM **Ilk** sagt zu, im Herbst 2015 Vorschläge für Verbesserungen einzubringen. Abschließend stellt er die Vorl.Nr. 180/15 zur Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

BM **Iik** erinnert an die Abstimmung im Rahmen der Haushaltsstruktur-Kommission am 18.05.2015, dass die Vorlage in der heutigen Sitzung lediglich als Mitteilungsvorlage eingebracht werden solle. Dort sei von Seiten der Stadträtinnen und Stadträte die mehrheitliche Auffassung vertreten worden, eine tiefgreifende Beratung auf dieser Basis erst in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 18.06.2015 vornehmen zu wollen.

Ähnlich der Hochbaumaßnahmen hält es Stadtrat **Gericke** für angemessen, auf Grundlage der Vorl.Nr. 161/15 über die Priorisierung der Tiefbau- und Grünflächenmaßnahmen zu diskutieren und Beschluss zu fassen.

BM **Iik** sagt daraufhin zu, dieses Anliegen einer Klärung zuzuführen.

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 21.05.2015.